

Vorlage Stadtparlament

Datum 2. September 2025
Beschluss Nr. 806
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation SP/JUSO/PFG-Fraktion: Pflegende Angehörige als Geschäftsmodell – Auswirkungen neuer Spitex-Modelle für die Stadt St.Gallen; schriftlich

Die SP/JUSO/PFG-Fraktion sowie weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 27. Mai 2025 die beiliegende Interpellation «Pflegende Angehörige als Geschäftsmodell – Auswirkungen neuer Spitex-Modelle für die Stadt St.Gallen» mit insgesamt 48 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Pflegende Angehörige stellen eine wichtige Ressource in der Langzeitpflege dar. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung. Durch sie erhalten pflegebedürftige Personen Pflege von nahestehenden Personen in einer hohen Kontinuität und können zuhause im vertrauten Umfeld leben. Spital- und Heimeintritte können verzögert werden. Diese Form der familiären Solidarität verdient Respekt sowie gesellschaftliche und eine Entschädigung ist grundsätzlich zu begrüssen.

Seit einer Bundesgerichtsentscheid im Jahr 2019, der besagt, dass pflegende Angehörige ohne entsprechendes Pflegefachdiplom für Leistungen der Grundpflege, nicht aber der Behandlungspflege angestellt werden dürfen, stellen in der Folge zunehmend mehr Spitex-Organisationen pflegende Angehörige an. Inzwischen sind zahlreiche Unternehmen entstanden, die sich auf die Anstellung von Angehörigen in der Pflege spezialisiert haben. Diese Firmen bieten häufig selbst kaum oder keine eigenen Spitex-Leistungen an. Dadurch hat sich ein neues Marktsegment entwickelt, das durch intensive Werbung auch öffentlich stark wahrgenommen wird.

Der Bericht «Anstellung Pflegender Angehöriger durch Spitex-Organisationen» der Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GeKo-ZH)¹ zeigt auf, dass sich die abgerechneten Grundpflegestunden der auf Angehörigenpflege spezialisierten Spitex-Firmen zwischen 2020 und 2023 verfünffacht haben. In der gleichen Zeit hat sich deren Marktanteil in den untersuchten Gemeinden und Städten verdreifacht. Die spezialisierten Spitex-Firmen der Angehörigenpflege rechnen im Durchschnitt pro Klientin und Klient mehr als das Zehnfache an Grundpflegestunden ab als andere Spitex-Organisationen (mit und ohne Leistungsauftrag). Folglich hat sich im Bereich der Angehörigenpflege ein neues Geschäftsmodell mit starkem Wachstum entwickelt.

¹ [Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich, Anstellung Pflegender Angehöriger durch Spitex-Organisationen, 16. Juni 2025.](#)

2 Beantwortung der Fragen

1. Inwiefern ist die Stadt St.Gallen von dieser Entwicklung betroffen?

Die Stadt St.Gallen ist stark von dieser Entwicklung betroffen. Die Restfinanzierung für Leistungen von pflegenden Angehörigen kann nur geschätzt werden, indem die Finanzierungsmodelle jener Organisationen betrachtet werden, deren Schwerpunkt auf der Anstellung von pflegenden Angehörigen liegt. In den Monaten Januar – März 2025 sind monatlich durchschnittlich rund CHF 85'000 Restkosten für pflegende Angehörige bezahlt worden. Für das ganze Jahr 2025 rechnen wir mit mindestens CHF 1.2 Mio.

2. Gibt es ähnliche Geschäftsmodelle auf städtischem Boden? Wie viele solcher Leistungserbringer sind hier tätig? Wie viele pflegende Angehörige sind bei diesen Unternehmen angestellt?

Die Stadt ist gesetzlich² verpflichtet, für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt St.Gallen die Restfinanzierung zu übernehmen, sofern die nötigen Voraussetzungen erfüllt sind – unabhängig davon, ob die leistungserbringende Firma in der Stadt St.Gallen ansässig ist oder nicht. Im Frühling 2024 verrechneten sieben Firmen, die pflegende Angehörige anstellen, entsprechende Leistungen. Im Januar 2025 waren es bereits zwölf, im Mai 2025 waren es 13, und aktuell im Juli sind es 16 Firmen. Durchschnittlich alle eineinhalb Monate tritt eine neue private Spitexorganisation in den Markt ein, die mehrheitlich auch pflegende Angehörige anstellt. Wie viele pflegende Angehörige die Unternehmen anstellen, kann nicht beantwortet werden, da sie in verschiedenen Gemeinden tätig sind. Die verrechneten Leistungen an die Stadt St.Gallen des Monats Januar zeigen, dass zwölf Firmen rund 3'600 Stunden für 108 Klientinnen und Klienten geleistet haben.

3. Wieviele Stunden werden im Rahmen der Restkostenfinanzierung für pflegende Angehörige für Grundpflegeleistungen durch die Stadt vergütet? Wir bitten um eine Zusammenstellung der Stunden und Beiträge der letzten drei Jahre pro Leistungserbringer.

Die Leistungen der ambulanten Leistungserbringer ohne Leistungsauftrag werden nicht statistisch erfasst. Eine Zusammenstellung der Beiträge der letzten drei Jahre pro Leistungserbringer ist nicht möglich. Ob es sich bei den verrechneten Leistungen um pflegende Angehörige handelt, ist nicht in jedem Fall ersichtlich. Die nachfolgenden spezifischen Auswertungen fokussieren sich auf Spitex-Firmen, die sich auf die Anstellung von pflegenden Angehörigen spezialisiert haben.

Da die Leistungen und Kosten statistisch nicht erfasst werden, sind nur einzelne ausgewertete Monate vorhanden. Für das laufende Jahr muss berücksichtigt werden, dass die Rechnungsstellung teils mit Verzögerung eintrifft. Im März 2024 betrug der Beitrag an Firmen mit pflegenden Angehörigen pro Monat rund CHF 35'000. Im März 2025 stieg der Beitrag auf rund CHF 89'750. Aufgrund der stetigen Entwicklung wird Ende Jahr ein monatlicher Restfinanzierungsbeitrag von über CHF 100'000 erwartet. Die detaillierte Auswertung des Monats Januar 2025 zeigt, dass zwölf Firmen rund 3'600 Stunden für 108 Klientinnen und Klienten und einen Betrag von rund CHF 82'500 für die Leistung von pflegenden Angehörigen verrechneten.

² Gesetz über die Pflegefinanzierung vom 13. Februar 2011 (sGS 331.2; PFG).

Monat	Anzahl Organisationen	Erwachsene	Kinder	Total	Restkosten CHF
April 2024	7	53	16	69	34'630
Oktober 2024	10	60	24	84	49'200
Januar 2025	12	79	29	108	82'540
Februar 2025	11	77	31	108	80'550
März 2025	11	80	30	110	89'750

4. Welche Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten hat die Stadt im Rahmen der Restkostenfinanzierung?

Die Regierung des Kantons St.Gallen setzt im Rahmen der Verordnung über die Pflegefinanzierung³ die Höchstkosten für die ambulanten Pflegeleistungen fest. Die einzelnen Gemeinden haben hier keine Steuerungsmöglichkeit. Ihnen obliegt die Abwicklung der Restfinanzierungsansprüche aus Leistungen der ambulanten Pflege. Um den administrativen Aufwand sowohl für die Gemeinden als auch für die Leistungserbringer zu reduzieren, schliesst der Verband St.Galler Gemeindepräsidenten (VSGP) mit den Verbänden der Leistungserbringer jeweils entsprechende Vereinbarungen ab. Dabei übernehmen sowohl der VSGP seitens der Gemeinden als auch die Verbände seitens der Leistungserbringer gewisse Koordinations- und Kontrollleistungen, so dass Rechnungsstellung und Anspruchsprüfung vereinfacht und standardisiert werden konnten. Diese Vereinbarungen gelten für die Gemeinden, die der Vereinbarung beitreten und allen Mitgliedern der jeweiligen Verbände. Die Stadt St.Gallen tritt der Vereinbarung jeweils bei.

Neu müssen die Leistungserbringer seit diesem Jahr bei der Rechnungsstellung an die Gemeinden den Nachweis beilegen, dass die Krankenversicherung die abgerechnete Leistung anerkannt und bezahlt hat. Dies bedeutet zwar auf allen Seiten einen grösseren Aufwand, verbessert aber die Kontrolle seitens Gemeinden gegenüber den Leistungserbringern und beugt unberechtigten Forderungen vor.

Bei der Kontrolle der Leistungen und Rechnungen der Leistungserbringer ohne Leistungsvereinbarung werden folgende Punkte geprüft:

- Zuständigkeit Wohnsitz prüfen: Ist die Klientin / der Klient in der Stadt St.Gallen wohnhaft?
- Verfügt der Leistungserbringer über eine Betriebsbewilligung?
- Liegt eine Arztverordnung vor?
- Liegt die Krankenkassenabrechnung vor?

Im Weiteren hat der Kantonsrat am 4. Juni 2025 die Motion «Höchstkosten für Leistungen pflegender Angehöriger»⁴ überwiesen. Ziel der Motion ist es, eine Differenzierung der Höchstkosten für die ambulanten Pflegeleistungen zu ermöglichen, insbesondere bei unterschiedlichen Geschäftsmodellen. Der Kanton als Bewilligungsbehörde ist hier gefordert.

³ Verordnung über die Pflegefinanzierung vom 14. Dezember 2010 (sGS 331.21).

⁴ S. <https://www.ratsinfo.sg.ch/Kantonsrat/gremium/468/geschaefte/6295>.

5. *Wie kann die Stadt sicherstellen, dass öffentliche Gelder zweckmässig und gerecht eingesetzt werden — im Sinne der pflegenden Angehörigen und der Pflegebedürftigen, aber auch im Sinne der Allgemeinheit?*

Die Gemeinden im Kanton St.Gallen und somit auch die Stadt St.Gallen sind verpflichtet, die Restfinanzierung entsprechend der obigen Ausführungen zu übernehmen, vorausgesetzt, die Betriebsbewilligung ist vorhanden und die Belege sind entsprechend eingereicht und korrekt. Insofern ist die Rechtmässigkeit gegeben. Weitere Evaluationsinstrumente stehen der Stadt St.Gallen nicht zur Verfügung. Es liegt an der Kantonsregierung, eine separate und damit tiefere Höchstfinanzierungskategorie für die Leistungen der pflegenden Angehörigen festzulegen, wie dies andere Kantone – etwa der Kanton Zürich⁵ – schon gemacht haben.

Die Stadtpräsidentin:

Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:

Andy Markwalder

Beilage:

- Interpellation vom 27. Mai 2025

⁵ [Pflegende Angehörige: Kanton Zürich schafft klare Rahmenbedingungen | Kanton Zürich](#)